

Informationen zu wesentlichen Inhalten eines Vertrages über eine Mikromezzanin-Beteiligung

Gesetzliche Rahmenbedingungen und Grundsätzliches

- Die KBG beteiligt sich auf Basis des „Garantie-/Mikromezzaninfonds“ in Form einer typisch stillen Gesellschaft (s.a. Definitionen in §§ 230ff. HGB) am Handelsgewerbe (1 Abs. (2) HGB) eines Unternehmens. Nach § 231 Abs. (2) HGB ist eine Verlustbeteiligung durch die KBG ausgeschlossen, es besteht keine Nachschusspflicht.
- Der Beteiligungsvertrag wird zwischen Unternehmen (= Beteiligungsnehmer) und der KBG sowie unter Mitwirkung sämtlicher Gesellschafter des Unternehmens abgeschlossen.
- Mögliche Beteiligungsnehmer sind kleine und Kleinunternehmen in der Rechtsform einer Einzelfirma, GmbH, Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), GbR, OHG, KG und GmbH & Co. KG.
- Für die Beteiligung erhält die KBG eine Haftungsfreistellung und Finanzmittel aus dem ERP-Sondervermögen und dem Europäischen Sozialfonds, die über die Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank) ausgereicht werden.

Inhaltliche Angaben

Der Vertrag enthält insbesondere Inhalte zur

- Errichtung der stillen Gesellschaft, Auszahlung der Einlage und Vergütung
- Zusammenarbeit
- Beendigung der stillen Gesellschaft und
- Sonstige Vereinbarungen

Errichtung der stillen Gesellschaft, Auszahlung der Einlage und Vergütung

Hier werden die Einlage (Beteiligungsbetrag), der Einlagezweck sowie der Nachweis der Verwendung der Einlage, die Auszahlung der Einlage, der Beginn und die Dauer der stillen Gesellschaft sowie die Vergütung dargestellt. Die Vergütung für die KBG besteht aus einer ergebnisunabhängigen festen Vergütung (8 % p.a. der Einlage) und einer Gewinnbeteiligung vom Jahresergebnis, maximal 1,5 % der Einlage. Für die Berechnung der Gewinnbeteiligung ist das Jahresergebnis – abhängig von der Rechtsform des Beteiligungsnehmers und Anzahl der tätigen Gesellschafter - zu korrigieren (Abzug oder Hinzurechnung eines Pauschbetrages).

Die Gewinnbeteiligung ist zum Ablauf des 7. Monats nach dem Bilanzstichtag des Unternehmens zur Zahlung fällig. Sofern der KBG bis zu diesem Zeitpunkt kein Jahresabschluss vorliegt, ist eine Vorauszahlung auf die Gewinnbeteiligung zu entrichten, die ggf. nach Vorlage des relevanten Jahresabschlusses zurückerstattet wird.

Die ergebnisunabhängige feste Vergütung ist quartalsweise nachträglich jeweils zum 31.03., 30.06., 30.09. und 31.12. eines jeden Jahres fällig.

Neben der laufenden Vergütung erhebt die KBG ein einmaliges laufzeitunabhängiges Bearbeitungsentgelt von 3,5 % der Einlage, das bei Auszahlung der Beteiligung eingezogen wird.

Die KBG zieht die ergebnisunabhängige feste Vergütung, die Gewinnbeteiligung und das Bearbeitungsentgelt jeweils bei Fälligkeit per Lastschrift ein.

Zusammenarbeit

Dieser Abschnitt enthält neben der Nachrangabrede die Informationsrechte der KBG sowie eine Beschreibung der zustimmungspflichtigen Maßnahmen. Mit der Nachrangabrede werden die Rückzahlungsansprüche der KBG bei Insolvenz des Unternehmens geregelt. Die KBG ist mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens (oder Ablehnung eines Insolvenzantrages mangels Masse) nachrangiger Gläubiger (§39 Abs. (2) InsO). Die Ansprüche der KBG sind jedoch vorrangig vor den Ansprüchen der Gesellschafter.

Das Unternehmen verpflichtet sich, spätestens sechs Monate nach Schluss des Geschäftsjahres die von einem Steuerberater bescheinigten Jahresabschlüsse bzw. Einnahmen-/Überschussrechnungen vorzulegen. Die KBG kann den Betrieb des Unternehmens nach Abstimmung besichtigen und darf sämtliche für die Beteiligung relevanten Unterlagen prüfen.

Bei den zustimmungspflichtigen Maßnahmen ist geregelt, dass die Geschäftsführung allein dem Unternehmen zusteht. Darüber hinaus werden die zustimmungspflichtigen Maßnahmen aufgeführt.

- Wesentliche Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Änderungen im Gesellschafterkreis, Änderungen in der Geschäftsführung, Rechtsformänderungen
- Gründung, Liquidation, Erwerb und Veräußerung anderer Unternehmen und/oder Beteiligungen an solchen, Aufnahme neuer Geschäftszweige, Abschluss, Aufhebung und Änderung von wesentlichen Unternehmensverträgen analog § 291ff. AktG, Gewährung von Ergebnisbeteiligungen
- Abschluss, Änderung und Aufhebung von Verträgen des Unternehmens mit Gesellschaftern und deren Angehörigen im Sinne von § 15 Abs. (1) Nr. 2 und 3 AO
- Veräußerung oder Verpachtung des Unternehmensvermögens als Ganzes oder zu einem wesentlichen Teil
- Ausreichung von Darlehen an Gesellschafter und Geschäftsführer
- Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen, die über den Rahmen des üblichen Geschäftsbetriebes hinausgehen und erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens haben
- Verlagerung des Betriebssitzes

Werden Maßnahmen ohne die Zustimmung der KBG durchgeführt, kann die KBG die stille Gesellschaft fristlos kündigen.

Beendigung der stillen Gesellschaft

In diesem Abschnitt sind die Rückzahlungen der Einlage und die vorzeitige Beendigung der stillen Gesellschaft geregelt. Die Rückzahlung an die KBG erfolgt nach Ablauf der ersten sieben Jahre der Laufzeit in drei gleichhohen Raten. Wichtige Kündigungsgründe für eine vorzeitige Beendigung der stillen Gesellschaft sind insbesondere, wenn

- vom Unternehmen unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht wurden oder die Einlage nicht vertragsgemäß verwendet wurde
- das Unternehmen im Sinne von § 17 InsO zahlungsunfähig ist oder über das Vermögen des Unternehmens das Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder ein Insolvenzverfahren mangels Masse abgelehnt wurde
- sonstige Tatsachen vorliegen, die eine Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses unzumutbar erscheinen lassen (z.B. schwerwiegende Verstöße gegen Bestimmungen des Vertrages)
- das Unternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der KBG trotz Mahnung unter Kündigungsandrohung ganz oder teilweise nicht nachkommt (außer der KBG geht eine Bestätigung eines Angehörigen der wirtschaftsprüfenden oder steuerberatenden Berufe zu, der zufolge eine Zahlung zu einer Zahlungsunfähigkeit i.S.v. § 17 InsO führt)
- die Grundlagen des Gewerbebetriebes sich wesentlich verändert haben (z.B. Aufgabe der Erwerbstätigkeit, Stilllegung, Veräußerung, Verpachtung)
- schwerwiegende Vertragspflichtverletzungen durch das Unternehmen
- vorliegen (z.B. wenn der Mittelverwendungsnachweis trotz Mahnung nicht erbracht wurde)

Sonstige Vereinbarungen

Die sonstigen Vereinbarungen enthalten Regelungen zur Eigenkapitalstärkung und zum Wettbewerbsverbot für den geschäftsführenden Gesellschafter bzw. Inhaber. Darüber hinaus ist die Garantie und Refinanzierung durch das ERP-Sondervermögen und den Europäischen Sozialfonds dargestellt mit entsprechenden Rechten für die NBank (z.B. Einblick in Geschäftsunterlagen des Unternehmens, Prüfungsrechte) in Verbindung mit einer Befreiung der KBG von etwaigem aus dem Beteiligungsverhältnis resultierenden Schweigepflicht und Einverständniserklärung des Unternehmens zur Weiterleitung von Informationen von der KBG an die NBank. Der Abschnitt enthält darüber hinaus die Angaben zur „De-minimis-Beihilfe“ sowie Regelungen zum Datenschutz.

Diese Darstellung enthält allgemeine Informationen zu den Inhalten des Vertrages über eine Mikromezzanin-Beteiligung, Abweichungen im Wortlaut sowie Modifizierungen/Ergänzungen sind möglich. Die bereitgestellten Informationen stellen keine individuelle Beratung dar und können diese nicht ersetzen.